



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 16. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. September 2023, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU), in Vertretung von Martin Balasus

Peer Knöfler (CDU)

Patrick Pender (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Uta Wentzel (CDU), in Vertretung von Wiebke Zweig

Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Malte Krüger

Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sophia Schiebe (SPD)

Christopher Vogt (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vorstellung der drei neuen Exzellenzclusterinitiativen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	6
	Umdruck 20/1962	
2.	Vorstellung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes sowie der Chancen und Perspektiven für die weitere Internationalisierung der Hochschulen in Schleswig-Holstein durch die Vizepräsidentin des DAAD und Präsidentin der Technischen Hochschule Lübeck, Dr. Muriel Helbig	8
	Umdruck 20/2003	
3.	Bericht der Landesregierung über die Mathematikaufgaben bei den Abiturprüfungen	9
	Berichts Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP) Umdruck 20/1731	
4.	Bericht der Bildungsministerin zur Landesverordnung über die Einstellung in den Vorbereitungsdienst der Lehrerinnen und Lehrer (Kapazitätsverordnung Lehrkräfte) vom 8. Juli 2023	14
	Berichts Antrag der Abgeordneten Sophia Schiebe (SPD) Umdruck 20/1927	
5.	Bericht über Maßnahmen zur Stärkung von Schulleitungen durch das Bildungsministerium	16
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/1931	
6.	Bericht der Landesregierung über ihre Vorstellungen zur Handynutzung an Schleswig-Holsteins Schulen	19
	Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP) Umdruck 20/1929	
7.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“	21
	Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1057	
8. a)	Stärkung der Wissensvermittlung zu den vier nationalen Minderheiten und der Sprecher:innengruppe Niederdeutsch	22
	Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/991	

	Mehr Wissen über unsere Minderheiten vermitteln	22
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1119	
	b) Bericht zur Förderung der Nachbarsprache Dänisch	22
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/730 (Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts gemäß § 14 Absatz 1 Satz 2)	
9.	a) Anteile der Eltern an den schulischen Bildungskosten ihrer Kinder sowie Kostenanteile der Schulträger	23
	Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 20/790	
	b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	23
	Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 20/950	
	c) Senkung von Bildungskosten zur Steigerung der Bildungsgerechtigkeit	23
	Antrag der Fraktionen von SSW und SPD Drucksache 20/878 (überwiesen am 11. Mai 2023 an den Bildungsausschuss)	
10.	Kinder- und Jugendgewalt eindämmen und Hintergründe stärker beleuchten	24
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Drucksache 20/1193 Kinder- und Jugendgewalt: Ursachen beleuchten und Hilfemaßnahmen einleiten	24
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/1241	
11.	Terminplan 2024	25
	Umdruck 20/1963	
12.	Information/Kennntnisnahme	26
	Umdruck 20/1528 – Haushalt Umdruck 20/1645 – Haushalt Umdruck 20/1659 – Freistellungssemester Hochschulen Umdruck 20/1662 – Kiel Institut für Weltwirtschaft Umdruck 20/1686 – Handlungsplan Lehrkräftegewinnung	

	Umdruck 20/1738 – Handlungsplan Basale Kompetenzen	
	Umdruck 20/1768 – Umgang mit steigenden Schülerzahlen	
	Umdruck 20/1873 – Minderheitensprachen	
	Umdruck 20/1896 – Ganztagschulprogramm	
	Umdruck 20/1930 – Schulstatistik	26
13.	Verschiedenes	27

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Vorstellung der drei neuen Exzellenzclusterinitiativen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

[Umdruck 20/1962](#)

Wissenschaftsministerin Prien teilt mit, im Mai 2023 seien bei der DFG 143 Antragskizzen für neue Exzellenzcluster eingereicht worden. Zudem würden voraussichtlich die meisten der derzeit 57 geförderten Cluster einen Fortsetzungsantrag stellen (in Schleswig-Holstein die bestehenden Exzellenzcluster PMI und ROOTS). Es gebe also rund 200 Initiativen, die um 70 Plätze konkurrierten. Die Entscheidung über die Exzellenzclusterskizzen solle am 1. Februar 2024 fallen, die Entscheidung über die Vollanträge für Exzellenzcluster am 22. Mai 2025. Alle Universitäten, die mit mindestens zwei Exzellenzclustern erfolgreich seien, dürften anschließend einen Antrag auf Förderung als Exzellenzuniversität stellen.

Sodann stellt die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ihre neuen Clusterinitiativen vor: Frau Fulda, Professorin und Präsidentin der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, betont die Bedeutung des Exzellenzwettbewerbs für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Schleswig-Holstein, Frau Dr. Hentschel Humeida, Professorin und Sprecherin der Clusterinitiative „Ocean Health“, stellt diese Initiative vor, Herr Dr. Schulenburg, Professor und Sprecher der Clusterinitiative „Evolutionary Rescue“, stellt diese Initiative vor, Herr Dr. Liserre, Professor und Principal Investigator der Clusterinitiative „Networked Matter“, stellt diese Initiative vor ([Umdruck 20/1962](#)).

Die Mitglieder des Bildungsausschusses bedanken sich für das Engagement und stellen Nachfragen. Herr Dr. Schulenburg betont die Bedeutung von Kreativität und den Austausch mit der Muthesius Kunsthochschule für die Forschung. Mithilfe des Kiel Science Communication Network versuche man, die Kommunikation der wissenschaftlichen Inhalte zu verbessern. Bei der Clusterinitiative „Evolutionary Rescue“ gehe es darum, durch Modellierung von Infektionswellen Vorhersagen von Krankheitsverläufen treffen zu können und Antibiotikatherapien zu entwerfen, die keinen Schaden verursachten.

Präsidentin Dr. Fulda hält es für wichtig, mehr Wohnraum für Studierende zur Verfügung zu stellen, insbesondere auch für ausländische Studierende. Mit dem Projekt „Energie der Zukunft“ fördere man insbesondere junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Frau Dr. Hentschel Humeida bekräftigt das Ziel, die Gesundheit des Meeres und seiner Organismen zu schützen, um das Meer nachhaltig nutzen zu können. Wenn das gelinge, gebe es keine Ressourcenknappheit, die die Quelle des Krieges sei.

Auch Herr Dr. Liserre betont die Bedeutung der Kooperation mit anderen Hochschulen. Die Clusterinitiative „Networked Matter“ solle einen Beitrag zur Cybersicherheit leisten.

2. Vorstellung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes sowie der Chancen und Perspektiven für die weitere Internationalisierung der Hochschulen in Schleswig-Holstein durch die Vizepräsidentin des DAAD und Präsidentin der Technischen Hochschule Lübeck, Dr. Muriel Helbig

[Umdruck 20/2003](#)

Frau Dr. Helbig trägt ihren Bericht ([Umdruck 20/2003](#)) vor.

Ausschuss und Ministerin bedanken sich bei Frau Dr. Helbig für ihr Engagement. Auf Nachfragen aus dem Ausschuss antwortet Frau Dr. Helbig, für die Aufnahme eines Studiums sei die Frage des Wohnraums entscheidend. Eine stärkere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft könne dazu führen, Vorbehalte abzubauen. Außerdem könne die Wirtschaft Studierende dabei unterstützen, ihr Studium zu finanzieren und trotz Job erfolgreich abzuschließen. 41,7 Prozent der internationalen Studierenden studierten Ingenieurwissenschaften, die allermeisten strebten einen Masterabschluss an, und 90 Prozent wollten in Deutschland bleiben. In Afrika gebe es noch kein Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus. Den Anteil von 7 Prozent internationaler Studierender in Schleswig-Holstein könnte man durch stärkeres Marketing steigern. Zahlen zum Programm Erasmus+ könne sie nachliefern.

Wissenschaftsministerin Prien bekräftigt das Ziel der Landesregierung, die Internationalisierung der schleswig-holsteinischen Hochschulen voranzutreiben.

3. Bericht der Landesregierung über die Mathematikaufgaben bei den Abiturprüfungen

Berichts Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)
[Umdruck 20/1731](#)

Bildungsministerin Prien führt aus, die Ergebnisse der Abiturprüfungen im Fach Mathematik seien 2023 etwas schlechter als im Vorjahr und deutlich besser als vor der Coronapandemie. Die Fachaufsicht Mathematik führe zu Beginn des Schuljahres Dienstversammlungen mit den Leiterinnen und Leitern der Fachkonferenzen Mathematik der Schulen in allen Kreisen durch und gehe der Frage nach, wie man die Schülerinnen und Schüler noch besser auf das nächste Mathematikabitur vorbereiten könne. Es habe in keinem Bundesland Änderungen des Notenschlüssels für Aufgaben gegeben, die in Schleswig-Holstein eingesetzt worden seien.

Herr Dr. Meyer, Referent im Referat Gymnasien des Bildungsministeriums, trägt vor, alle Aufgaben seien lösbar und vom Schwierigkeitsgrad her vergleichbar gewesen. Seit 2015 beziehungsweise 2017 bedienten sich die Bundesländer immer stärker aus dem bundesweiten Aufgabenpool. Man werde die Frage, inwieweit die Schülerinnen und Schüler angemessen auf diese Aufgabenformate vorbereitet worden seien, eingehend untersuchen und bei Bedarf weitere Maßnahmen ergreifen. Dass die Ergebnisse in Mathematik in den letzten beiden Jahren exzeptionell gut gewesen seien, liege maßgeblich daran, dass die Kommissionen vor dem Hintergrund der Coronapandemie bei der Zusammenstellung der Prüfungsaufgaben viel Augenmaß hätten walten lassen.

Es gehe darum, die Formate der Aufgaben aus dem Aufgabenpool noch stärker zu transportieren. Man habe in dieser Woche ein entsprechendes Aufgabenpaket an die Schulen geschickt und werde im November 2023 Aufgaben bereitstellen, aus denen die Schulen die Vorbereitungsklausur zusammenstellten, damit die Vorbereitungsklausur möglichst dicht an die spätere Abiturklausur herankomme. Der in den letzten beiden Jahren gewährte „Coronabonus“ bestehe aus einer Zeitzugabe von 30 Minuten und einer leichten Einschränkung des Gegenstandsbereichs, die man in diesem Jahr wieder minimal zurückgefahren habe. Die landesweite Abiturdurchschnittsnote liege in diesem Jahr bei 2,44 im Gegensatz zu 2,42 im Jahr 2022 und 2,55 vor der Coronapandemie. Für die Zulassung zum Medizinstudium gölten Länderquoten, sodass Medizinaspiranten aus Schleswig-Holstein nicht direkt mit Medizinaspiranten anderer Bundesländer konkurrierten.

Zur Vorbereitung auf das Abitur 2024 teilt Ministerin Prien mit, der Abiturjahrgang 2024 sei der erste Jahrgang, der die Oberstufe nach den Vorgaben der neuen Oberstufenverordnung durchlaufe. Diese enthalte in Bezug auf die Qualifikationsphase und die Vorbereitung auf die schriftliche Abiturprüfung zwei entscheidende Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler: Die Schülerinnen und Schüler dürften ein Kernfach auswählen, das sie auf grundlegendem Niveau belegten, also ohne für ihre Halbjahresnoten die Anforderungen des erhöhten Niveaus erfüllen zu müssen. Der Unterricht in den drei Fächern der schriftlichen Abiturprüfung finde in der zweijährigen Qualifikationsphase mit fünf statt wie bisher vier Wochenstunden statt, so dass deutlich mehr Zeit für Vertiefung zur Verfügung stehe. Um die Schülerinnen und Schüler des kommenden Prüfungsjahrgangs bestmöglich vorzubereiten, habe das MBWFK – wie erwähnt – Aufgabenmaterial zu Übungszwecken zusammengestellt, das den etwas anders designten Aufgaben des Aufgabenpools gerecht werde, und an die Schulen versandt.

Im September 2023 werde auf den Dienstversammlungen der Fachkonferenzleitungen Mathematik anhand von Aufgaben des KMK-Pools nochmals zusammengefasst dargestellt, auf welche Aspekte in der Abiturvorbereitung besonders zu achten sei, und eindringlich dazu aufgefordert, diese Aspekte beim zukünftigen Abitur besonders zu beachten. Für die im dritten Halbjahr der Qualifikationsphase vorgesehene Klausur „nach Art und Umfang der Abiturprüfung“ erhielten die Schulen Aufgaben durch das MBWFK, die der neuen Struktur des Abiturs ab 2024 entsprächen. Im Herbst 2023 werde es Fortbildungsangebote des IQSH geben.

Abschließend stellt die Ministerin noch einmal klar, dass es keine Anhebungen des Notendurchschnitts in Bundesländern gegeben habe, die die Aufgaben gestellt hätten, die Schleswig-Holstein gestellt habe.

Herr Daubmann, Sprecher der Landesschüler:innenvertretung der Gymnasien, bringt vor, durch die Abiturprüfung in Mathematik seien gut 20 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler durchgefallen als 2017, dem Jahr mit der schlechtesten Mathematikdurchschnittsnote in den letzten elf Jahren; 36 Prozent der Schülerinnen und Schüler seien durch die Mathe-Abiturprüfung gefallen. Die Zahl der Prüfungen mit null Punkten habe sich fast verdoppelt und die Zahl der Prüfungen mit einem Punkt ungefähr vereineinhalbfacht. Daraus ziehe man den Schluss, dass das Bildungsministerium nicht habe sicherstellen können, dass die Schülerinnen und Schüler unabhängig von der Schule angemessen auf das Abitur, insbesondere auf die neue Art der Aufgabenstellung, vorbereitet worden seien und der Coronabonus unter Umständen

zu früh auf eine halbe Stunde mehr beschränkt worden sei. Schülerinnen und Schüler beklagten, dass die Aufgaben sehr kompliziert formuliert gewesen seien. Die Landesschüler:innenvertretung lege Wert darauf, dass das Ministerium zukünftig sicherstelle, dass die Schülerinnen und Schüler tatsächlich die notwendigen Informationen erhielten und auf die Aufgabenformate vorbereitet würden. Das gelte insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Oberstufenverordnung. Gerade für schwächere Schülerinnen und Schüler sei es wichtig, die Aufgaben im Unterricht, die Klausuren und das Vorabitur so anzulegen, dass sie optimal auf das Abitur vorbereiteteten.

Frau Pick, Vorsitzende des Landeselternvertretung Gymnasien, bittet das Bildungsministerium, sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler an allen Schulen im Land gleich gut auf das Abitur vorbereitet würden, und weiter einen Coronabonus zu gewähren, weil die Schülerinnen und Schüler noch nicht wieder auf dem Stand vor Corona seien.

Herr Dr. Meyer weist darauf hin, die Bildungsstandards Mathematik mäßen dem Kompetenzbereich mathematisches Modellieren und mathematisches Argumentieren größeres Gewicht bei, und daher seien die Aufgaben sprachlich anspruchsvoller als früher. Die einzelnen Bundesländer blieben weiter für die Abituraufgaben verantwortlich; durch die zunehmende Nutzung gleicher Aufgaben verbessere sich allerdings die Vergleichbarkeit des Abiturs in Deutschland.

Ministerin Prien betont die Notwendigkeit, dass die erforderlichen Inhalte tatsächlich bei allen Schülerinnen und Schülern ankämen. Die Bundesländer führten eine große Qualifizierungsoffensive für Mathematiklehrkräfte durch. Der Einstieg in die datengestützte Schulentwicklung bedeute, dass die Schulaufsicht die Abiturergebnisse in den einzelnen Fächern mit den Schulen erörtern werde.

Abgeordneter Vogt mahnt eine Verbesserung der Vorbereitung auf die Abiturprüfung an.

Abgeordneter Balke macht darauf aufmerksam, dass es Schülerinnen und Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch sei, schwer hätten, Aufgaben mit langen Texten in der vorgegebenen Zeit zu bewältigen.

Abgeordneter Pender setzt sich dafür ein, junge Menschen bestmöglich auf die Erfordernisse ihres (beruflichen) Lebens vorzubereiten. Dazu seien die anwendungsbezogenen Textaufgaben gut geeignet.

Abgeordnete Röttger erinnert daran, dass das Abitur, die Hochschulreife, junge Menschen befähigen solle, erfolgreich ein Studium zu absolvieren. Man brauche einen Tenor für eine Gesamtleistungsbereitschaft in Mathematik.

Abgeordnete Waldinger-Thiering macht darauf aufmerksam, dass der Ausfall von Mathematikunterricht gravierende Folgen habe.

Der Vorsitzende setzt sich dafür ein, Mathematikdidaktik und -methodik zu verbessern und eine wertschätzende Haltung gegenüber Schülerinnen und Schülern einzunehmen.

Für Ministerin Prien steht es außer Frage, dass die Ausbildung der Mathematiklehrkräfte in Deutschland reformiert, die verschiedenen Phasen der Lehrkräftebildung stärker miteinander verzahnt und die Fachdidaktik gestärkt werden müssten (Gutachten des Wissenschaftsrats und der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz). Sie wünsche sich außerdem eine positivere Haltung der Gesellschaft gegenüber Mathematik und Naturwissenschaften. Auch im Mathematikunterricht seien Sprachkompetenz und Lesekompetenz wichtig.

Herr Dr. Meyer macht darauf aufmerksam, das durchschnittliche Abiturergebnis sei in Mathematik mit knapp 8 Punkten im langjährigen Mittel ähnlich wie in sprachlichen Fächern, allerdings sei die Spreizung in Mathematik sehr viel größer, und es gebe sehr viel öfter die Noten 15 Punkte und 0 Punkte. Im Mathematikunterricht gehe es nicht mehr nur darum, Rechentechniken zu beherrschen, sondern darum, mit Zahlen und Größen anwendungsbezogen zu operieren.

Herr Daubmann wiederholt die Forderung der Landesschüler:innenvertretung, den Unterricht besser an die Prüfungsanforderungen anzupassen.

4. Bericht der Bildungsministerin zur Landesverordnung über die Einstellung in den Vorbereitungsdienst der Lehrerinnen und Lehrer (Kapazitätsverordnung Lehrkräfte) vom 8. Juli 2023

Berichts Antrag der Abgeordneten Sophia Schiebe (SPD)
[Umdruck 20/1927](#)

Ministerin Prien berichtet, die Änderung der Kapazitätsverordnung sei Ergebnis einer monatelangen Vorbereitung im Ministerium und eines umfangreichen Anhörungsverfahrens. Es gehe darum, Studierenden gezielte Anreize zu bieten, die Ausbildung in einer Mangelregion oder mit Unterrichtsfächern mit höheren Bedarfen zu beginnen, und die Zahl der Studienabbrüche zu reduzieren. Studierende sollten während ihres Studiums nicht zu stark in den Schulen eingesetzt werden, insbesondere dann nicht, wenn sie noch nicht über eine hinreichende Ausbildung verfügten (Bachelorphase).

Bisher habe der Einsatz in Schulen bei der Bewerbung zum Referendariat eine Rolle gespielt, wenn mehr als 12 Stunden unterrichtet worden sei. Diese Regelung sei bisher nur für Gymnasiallehrkräfte relevant gewesen. In Mangelfächern erhielten alle Lehrkräfte in Ausbildung an Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Förderzentren, berufsbildenden Schulen und auch Gymnasien eine Anstellung. Die Neuregelung betreffe nur Gymnasiallehrkräfte ohne Mangelfach.

Im letzten Einstellungsprozess beim Lehramt an Gymnasien hätten unter den 200 Bewerberinnen und Bewerbern, die ein Ausbildungsangebot erhalten hätten, 149 als Wunschort Kiel angegeben. In Kiel stünden aber nur 14 Ausbildungsschulen zur Verfügung.

Nicht Mangelfach seien Deutsch, Englisch, Geschichte, Philosophie, Spanisch, Sport, Biologie, Geografie, Wirtschaft-Politik, Dänisch, Latein, Darstellendes Spiel, Französisch und Russisch. Wer diese Fächer studiere, bekomme eine Unterrichtstätigkeit von mehr als 12 Stunden bei der Bewerbung fürs Referendariat zukünftig nicht mehr angerechnet.

Die Änderung habe man in enger Absprache und auf Anregung der Allianz für Lehrkräftebildung vorgenommen, und man folge der Empfehlung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz. Für diejenigen Studierenden, die nach dem Masterabschluss Vertretungsunterricht leisteten, habe man die anrechenbare Punktezahl verdoppelt. Ab dem kommenden Semester sollten die Hochschulen die Studierenden, die in Schulen tätig seien, besser begleiten.

Die von der SPD jetzt vorgebrachte Kritik an der Verordnung sei im Anhörungsverfahren von keinem Einzigen geäußert worden, auch nicht von den ASten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert die Ministerin, in der Lehrkräfteausbildung gebe es nicht zu wenig Praxisorientierung, Schleswig-Holstein gehöre zu den Ländern mit den höchsten Praxisanteilen in Deutschland. Mit der Allianz für Lehrkräftebildung fördere man Modelle zur stärkeren Begleitung von Studierenden, die in Schulen tätig seien.

Herr Oltmann, Leiter der Projektgruppe Lehrkräftegewinnung, teilt mit, für Lehrkräfte mit einem Mangelfach könne der Vorbereitungsdienst nahtlos an das Studium anschließen; das gelte für alle Schularten. Einen nicht direkten Übergang könne es für Studierende geben, die zwei Nichtmangelfächer im Gymnasialbereich studierten. Studierende von Vertretungsverträgen bewusst auszuschließen, sei nach dem Grundgesetz kaum möglich.

Der Vorsitzende wünscht sich, dass Studierende in der Bachelorphase an Schulen tätig sein könnten, zum Beispiel als Aufsicht oder zur Betreuung von Teilgruppen unter Anleitung von Lehrkräften, aber nicht eigenverantwortlich als Klassenlehrkraft.

5. Bericht über Maßnahmen zur Stärkung von Schulleitungen durch das Bildungsministerium

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Umdruck 20/1931](#)

Ministerin Prien berichtet, die Führungsaufgaben von Schulleitungen würden immer komplexer und bedeutender. Schulentwicklung hänge wesentlich damit zusammen, wie gut Schulleitungen auf ihre Führungsaufgabe vorbereitet oder fort- und weitergebildet würden. In Schleswig-Holstein habe man intensiv Erfahrungen mit der Qualifizierung von Schulleitungen auch im Rahmen des PerspektivSchul-Programms gemacht. Der Koalitionsvertrag fordere die Landesregierung auf, sich um qualitativ hochwertige Unterstützung der Schulleitungen und Schulaufsichten zu kümmern und die Schulleitungsqualifizierung weiter zu verbessern und zu professionalisieren. Ein Teil dieses Pakets sei das LeadershipLab, das man zusammen mit der Wübben Stiftung und der Joachim Herz Stiftung entwickelt habe. Das Konzept basiere auf einem breit angelegten Beteiligungsprozess seit Oktober 2022 mit Schulleitungen, Schulaufsicht, kommunalen Vertretungen, Stiftungen, Bildungsträgern, Vereinen, dem IQSH und dem MBWFK. In acht sogenannten Sprints seien dafür in multiprofessionell zusammengesetzten Gruppen Hintergrundpapiere erarbeitet und in drei Workshops Erfahrungen und gute Beispiele zusammengetragen worden. Bei zwei regionalen LeadershipLabs im März 2023 in Neumünster und Schleswig mit jeweils 40 Personen – vorwiegend Schulleitungen aller Schularten, Schulaufsichten, Vertretungen der Stiftungen und Unternehmensvertretungen – seien auf Basis eines wissenschaftlichen Impulses von Professor Dr. Pierre Tulowitzki zum „leadership für learning“ aktuelle Erfordernisse der Führungskräfteentwicklung zusammengetragen und skizziert worden.

Das LeadershipLab.SH fuße auf einer Kooperationsvereinbarung mit der Wübben Stiftung Bildung und der Nordmetall-Stiftung und werde bis 2026 mit Stiftungsmitteln gefördert. Weitere Kooperationen prägten die Arbeit mit dem Institut für Qualität an Schulen Schleswig-Holstein und weiteren Bildungsträgern im Land. Die Umsetzung erfolge durch das MBWFK unter anderem in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kinder und Jugendstiftung GmbH.

Die Auftaktveranstaltung, zu der die Mitglieder des Bildungsausschusses eingeladen worden seien und die live gestreamt werde, finde am 13. September 2023 statt. Der Fokus liege auf dem Thema: „Wie gelingt nachhaltige Innovation und education leadership, die Schülerinnen und Schüler mit den Kompetenzen für das 21. Jahrhundert ausstattet?“ Die Chancen der Experimentierklausel würden multiperspektivisch betrachtet.

Ein mit Experten besetzter Beirat (Wissenschaft, andere Bundesländer, Praxis, Steuerung) nehme Ende November 2023 die Arbeit auf. Mit dem IQSH gebe es Information und Austausch zu der Frage, wie der Transfer in die Aus- und Fortbildungsangebote des IQSH erfolge. Darüber hinaus habe man inzwischen eine Kooperation mit Hamburg verabredet, um Schulaufsichten weiterzubilden. Alle Schulaufsichten aus Hamburg und Schleswig-Holstein trafen sich im Januar 2024 zu einer gemeinsamen Tagung, um voneinander zu lernen.

Das LeadershipLab.SH ziele darauf ab, einen Beitrag zur Professionalisierung von Schulleitungen und Schulaufsichten in den Handlungs- und Kompetenzfeldern, der pädagogischen Führung und dem Schulmanagement zu leisten, Schulleitungen und Schulaufsichten bei ihrer persönlichen Weiterentwicklung zu unterstützen und sie zu ermutigen, neue Wege zu gehen, Schulleitungen und Schulaufsichten wertzuschätzen und mit weiteren Führungskräften – auch aus anderen Kontexten – zu vernetzen.

Das LeadershipLab.SH sei ein agiles Angebot, das Führungskräfte miteinander ins Gespräch bringe und vernetze, Sicherheit gebe und neue Blickwinkel eröffne. Im Vordergrund stünden die Wünsche und die Bedürfnisse von Führungskräften im schulischen Kontext. Maßgeschneiderte Impulse, voneinander Lernen und praxisorientierte Ansätze ermöglichten eine direkte Anwendung in der eigenen Arbeit als schulische Führungskraft.

Im Gutachten von Professor Dr. Tulowitzki (Juni 2023) heiße es: „Besonders positiv stechen die Positionierung als Labor, die flexible Ausrichtung an aktuellen, praxisnahen Fragen und Herausforderungen sowie die Möglichkeiten der Kombination aus hochwertigen Fortbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten hervor. Auch der Aufbau auf bestehendem Wissen (unter anderem LeadershipLab.SH als Transferprodukt, Zusammenarbeit mit Stiftungen) und das Kultivieren einer wertschätzenden Haltung sind aus meiner Sicht positiv hervorzuheben. Dass die zentralen Anspruchsgruppen in den Entstehungsprozess der Skizze einbezogen wurden, lässt auf eine grundsätzliche Akzeptanz und Kooperationsbereitschaft in eben jenen Kreisen hoffen.“

Es gehe auch um einen Blick über den Tellerrand (Hospitationen, Job-Shadowing, Bildungsreisen). Ende September 2023 führe eine Bildungsreise zum Thema Bildungsgerechtigkeit im Rahmen von Erasmus+ nach Dänemark. In acht Regionen Schleswig-Holsteins fänden von

Mitte November 2023 bis Februar 2024 halbtägige LeadershipLabs mit jeweils etwa 50 Schulleitungen und Schulaufsichten statt zu „educational leadership“ – Führungshandeln in der Schule.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering wiederholt die Ministerin ihre Ankündigung, das Thema Personalentwicklung systematisch anzugehen, um Lehrkräfte frühzeitig dafür zu gewinnen, sich für Führungspositionen in Schule zu qualifizieren. Ziel der Kooperation mit Hamburg sei, zu einem neuen Anforderungsprofil und einem neuen Fort- und Weiterbildungsprogramm für Schulaufsichten zu kommen.

6. Bericht der Landesregierung über ihre Vorstellungen zur Handynutzung an Schleswig-Holsteins Schulen

Antrag des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)

[Umdruck 20/1929](#)

Schreiben des Bildungsministeriums

[Umdruck 20/1974](#)

Auf Wunsch des Abgeordneten Vogt berichtet Ministerin Prien, es gehe um die Frage, inwieweit die private Nutzung des Handys insbesondere in Grundschulen eingedämmt oder verboten werde. Man habe das Rahmenkonzept für das Schuljahr 2023/24 vorgelegt, mit dem das Bildungsministerium den Schulen wesentliche Eckpunkte mit entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen an die Hand gebe. Am 31. August 2023 habe man den Schulen einen Erlass übermittelt, in dem die Eckpunkte für die Erarbeitung einer Regelung an der Schule festgehalten seien.

Für die Erarbeitung von Regelungen zur privaten Nutzung digitaler Endgeräte während der Unterrichtszeit und in den Pausen in der Grundschule würden folgende Eckpunkte empfohlen: Im Unterricht dürften digitale Endgeräte zu privaten Zwecken nicht genutzt werden. Die Lehrkräfte könnten zu pädagogischen Zwecken die Benutzung digitaler Endgeräte im Unterricht erlauben. Das schulische Konzept zum Lehren und Lernen in der digitalen Welt sei dabei zu berücksichtigen. Pausenzeiten dienen der Erholung, zum Beispiel durch Bewegung, Essen und Trinken, Spielen oder Ruhe. In den Pausen dürften digitale Endgeräte nur bei besonderen Anlässen benutzt werden, wenn Lehrkräfte dies ausdrücklich erlaubten (zum Beispiel bei Verletzungen, bei Änderungen im Zeitplan, wenn etwas vergessen worden sei). In Notfällen dürfe das Handy ungefragt benutzt werden, zum Beispiel um bei einem Unfall Hilfe zu holen.

Darüber hinaus habe man die Schulaufsichten angewiesen, zum Stichtag 31. Mai 2024 bei den Grundschulen die beschlossenen Regelungen abzufragen und auszuwerten, um auf dieser Basis eine landesweite Empfehlung herauszugeben.

Die Schulen begrüßten, dass der Sachverhalt einmal geklärt worden sei, und fühlten sich gegenüber den Eltern gestärkt. Gleichwohl sei es wichtig und richtig, den Schulkonferenzen – hier wie in anderen Fällen – die Möglichkeit zu geben, die konkrete Ausgestaltung an der jeweiligen Schule selbst vorzunehmen. Außerdem bleibe es wichtig, dass die Schulen bei diesem Thema mit den Eltern ins Gespräch kämen.

Abgeordneter Vogt bedankt sich für die Klarstellung der Bildungsministerin, die in der Bild-Zeitung noch von einem „generellen Handynutzungsverbot“ gesprochen habe.

Auch Abgeordnete Röpcke unterstützt den eingeschlagenen Weg und hofft, dass nach Auswertung der Erfahrungen und Gesprächen Mitte 2024 gemeinsam mit allen Beteiligten eine gute Lösung gefunden werden könne.

Abgeordnete Röttger begrüßt, wenn die Politik bei dieser herausfordernden Thematik den Schulen den Rücken stärke und sich um einen breiten Schulterschluss zwischen Eltern, Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften bemühe, gerade bei Grundschulkindern.

Ministerin Prien teilt mit, mit demselben Erlass habe man alle Schulleitungen der weiterführenden Schulen aufgefordert, sich nochmals mit der Frage zu befassen, wie sie mit der privaten Handynutzung während der Unterrichtszeit und in den Pausen im Sinne der Schülerinnen und Schüler sowie eines ordnungsgemäßen Schulbetriebs umgehen wollten beziehungsweise ob an der Schule Anlass zu einer Anpassung bestehender Regelungen zur Handynutzung bestehe. Das Thema solle in den Elternversammlungen und Schulkonferenzen beziehungsweise in den zuständigen Gremien der berufsbildenden Schulen beraten werden. Bevor das Land möglicherweise weitergehende Regelungen für die weiterführenden Schulen treffe, sollten die Ergebnisse der geplanten Anhörung unter Berücksichtigung des Jugendschutzes und Jugendmedienschutzes abgewartet werden.

**7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die
„Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Got-
torf“**

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/1057](#)

(überwiesen am 16. Juni 2023)

Ministerin und Ausschuss würdigen die Aufnahme des Zentrums für Baltische und Skandinavische Archäologie in die Leibniz-Gemeinschaft und die außerordentlich positive Bewertung des ZBSA durch die GWK.

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

8. a) Stärkung der Wissensvermittlung zu den vier nationalen Minderheiten und der Sprecher:innengruppe Niederdeutsch

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/991](#)

Mehr Wissen über unsere Minderheiten vermitteln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/1119](#)

(überwiesen am 14. Juni 2023)

b) Bericht zur Förderung der Nachbarsprache Dänisch

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/730](#)

(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts gemäß § 14 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung)

Der Bildungsausschuss beschließt, zu beiden Themen schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 21. September 2023 zu benennen.

9. a) Anteile der Eltern an den schulischen Bildungskosten ihrer Kinder sowie Kostenanteile der Schulträger

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen von SPD und SSW

[Drucksache 20/790](#)

(überwiesen am 23. März 2023 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/950](#)

c) Senkung von Bildungskosten zur Steigerung der Bildungsgerechtigkeit

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD

[Drucksache 20/878](#)

(überwiesen am 11. Mai 2023 an den Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/1640](#), [20/1756](#)

Der Bildungsausschuss vertagt die Beratung.

10. Kinder- und Jugendgewalt eindämmen und Hintergründe stärker beleuchten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

[Drucksache 20/1193](#)

Kinder- und Jugendgewalt: Ursachen beleuchten und Hilfemaßnahmen einleiten

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/1241](#)

(überwiesen am 14. Juli 2023 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Bildungsausschuss beschließt, gemeinsam mit den an der Beratung beteiligten Ausschüssen für Soziales sowie Innen und Recht ein ganztägiges Fachgespräch im Plenarsaal durchzuführen. Die Ausschussvorsitzenden werden einen Termin dafür festsetzen (Freitag, 12. Januar 2024).

11. Terminplan 2024

[Umdruck 20/1963](#)

Einstimmig beschließt der Bildungsausschuss die Sitzungstermine 2024.

Vom 9. bis 13. September 2024 wird der Ausschuss eine Informationsreise nach Nantes (Frankreich) durchführen.

12. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 20/1528](#) – Haushalt
- [Umdruck 20/1645](#) – Haushalt
- [Umdruck 20/1659](#) – Freistellungssemester Hochschulen
- [Umdruck 20/1662](#) – Kiel Institut für Weltwirtschaft
- [Umdruck 20/1686](#) – Handlungsplan Lehrkräftegewinnung
- [Umdruck 20/1738](#) – Handlungsplan Basale Kompetenzen
- [Umdruck 20/1768](#) – Umgang mit steigenden Schülerzahlen
- [Umdruck 20/1873](#) – Minderheitensprachen
- [Umdruck 20/1896](#) – Ganztagschulprogramm
- [Umdruck 20/1930](#) – Schulstatistik

Der Bildungsausschuss beabsichtigt, die [Umdrucke 20/1768](#) und [20/1930](#) (Schülerzahlen) am 5. Oktober und [Umdruck 20/1686](#) (Handlungsplan Lehrkräftegewinnung) am 2. November 2023 auf die Tagesordnung zu setzen. Die übrigen Umdrucke nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

13. Verschiedenes

Nächste Sitzungen (jeweils donnerstags 14 Uhr):

- 5. Oktober 2023
- 2. November 2023
- 30. November 2023

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 17:50 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer